

19. Juli 2020

Vermögenspolitik ist Rentenpolitik

„Die Kosten der Ungleichheit“ vom 16. Juli
 Im Kommentar von Carla Neuhaus und dem Bericht von Martin Greive und Frank Specht gehen zwei sehr weit auseinander gehende Begriffe von „Vermögen“ durcheinander: Die Statistiker vom DIW haben nach Vermögenswerten gefragt, die relativ leicht zu beziffern sind. Sie lassen deshalb die Renten und Pensionen außen vor. Journalisten und Politiker übersehen aber oft diese Fußnote im Kleingedruckten, und so wird nicht erwähnt, dass die Ersparnisse der breiten Bevölkerungsschichten in Gestalt von Altersrenten, Pflegeversicherungen etc. nicht als Vermögen betrachtet werden. In beiden Texten wird dadurch fälschlicherweise suggeriert, die Verteilung dieser Vermögenswerte spiegele „den Wohlstand“, „den Besitz“, „die Ungleichheit“ und „die Schere zwischen Arm und Reich“ in unserem Land wider. Das ist grob irreführend! Und es ist eine schlimme Vorlage für Populisten und Lobbyisten. Jeder Normalbürger mit durchschnittlicher Rente ist natürlich überfordert, wenn er gefragt wird, wie hoch sein Vermögen in Aktien und Wohnimmobilien sein müsste, damit er bis zu seinem Lebensende jeden Monat netto eine Rente von 1000 Euro auf dem Konto haben könnte. Auch wir Ökonomen sind nicht in der Lage, darauf seriös zu antworten. Natürlich sind Rentenanprüche so was wie angesparte Reichtümer, Wohlstandspolster, oder schlicht „Vermögen“! Kein Rentner und kein Beitragszahler ist „vermögenslos“. Selbst

die Ansprüche an die Grundsicherung und die anderen Leistungen der sozialen Sicherung können und sollten bei Auseinandersetzungen über Verteilungsfragen als „Vermögen“ klassifiziert werden, denn in Deutschland ist Vermögenspolitik seit Bismarcks Zeit immer Rentenpolitik gewesen. So dürfte die gerade beschlossene Grundrente für die Umverteilung des „materiellen Wohlstands“ und damit der Lebenschancen in Deutschland quantitativ wichtiger sein als die Wiedereinführung einer bescheidenen Vermögensteuer. Deshalb sind die häufig vorgestellten Lösungen in Richtung mehr Aktienbesitz und Wohneigentum irreführend, denn noch mehr anlagesuchendes Geld drückt die Zinsen auf den Kapitalmärkten noch weiter unter Null, und noch mehr anlagesuchende Käufer von Wohnungen treiben die Mieten hoch und führen zu Immobilienblasen. Stattdessen wäre daran zu denken, dass man sich freiwillig und über die betriebliche Altersversorgung zusätzliche „Entgeltpunkte“ in der gesetzlichen Rentenversicherung erwirbt, um im Alter von 1000 auf 1100 Euro oder noch ein bisschen mehr im Monat kommen zu können. Am noch frischen Grabe von Norbert Blüm wäre ein GroKo-Plakat „Die Renten sind sicher“ vermögenspolitisch ein würdigeres Andenken als ein Eindreschen auf „die Reichen“, denen gerade jetzt eher Großzügigkeit und noblesse oblige abgefordert wird.

— Prof. Manfred Nitsch, FU Berlin